



Foto: Jörg Rückmann

## Verdächtig unverdächtig

Wie schön: 2008 macht alle gleich – gleich verdächtig: Verdächtig, vielleicht mit Osama bin Laden zu telefonieren oder SMS auszutauschen. Verdächtig, im Internet nach Bastelanleitungen für Bomben zu suchen. Deshalb werden Ihre Verbindungsdaten für ein halbes Jahr gespeichert. Verdächtig, mit dem eigenen Auto Terrorziele auszukundschaften oder Terroristen durch die Gegend zu kutschieren. Deshalb prüfen inzwischen schon acht Bundesländer per Videoüberwachung, wer wann wohin unterwegs ist.

Natürlich sind Sie verdächtig, weil Sie gern indisch, chinesisches oder sonst wie auswärtig essen gehen, allein oder in Gesellschaft. Verdächtig, weil Sie oft reisen oder noch öfter zu Hause bleiben. Verdächtig, weil Hartz-IV-

Empfänger, obdachlos oder gerade mal so von eigener Arbeit lebend. Verdächtig, weil ohne Geld, ohne Bildung, ohne Zukunft. Höchst verdächtig, weil „irgendwie“ oder „richtig“ links; na gut, das weiß man ja ... Verdächtig, weil jung oder „Altlast“. Und, weil nicht zu den „oberen Zehntausend“ gehörend.

Trifft alles nicht zu? Dann sind Sie verdächtig unverdächtig! Und auch dafür – seien Sie gewiss – sind vorsorgende Gesetze schon in Arbeit. Ganz nach dem Wilhelm-Busch-Motto der Schäubles: „Wer durch des Argwohns Brille schaut, sieht Raupen selbst im Sauerkraut.“

In diesem Sinne wünscht „info links“ Ihnen und den anderen Verdächtigen nachträglich ein frohes Neues Jahr. *M. Walter*

## Europa mitbestimmen

Die Mehrheit der Franzosen und Niederländer hat bekanntlich den EU-Verfassungsvertrag scheitern lassen. Jetzt wurden dessen wesentliche Teile von den hinter verschlossenen Türen tagenden Staats- und Regierungschefs der EU in die geltenden EU- und EG-Verträge überführt. Diese Vertragsänderungen müssen nun durch alle Mitgliedsstaaten gebilligt werden.

Dabei haben sich die Politiker vorab darauf verständigt – mit Ausnahme von Irland (dort ist es per Gesetz festgeschrieben) –, in keinem weiteren EU-Staat eine Volksabstimmung über den EU-Vertrag zu riskieren.

Die Partei der Europäischen Linken (EL) hat aus diesem Grund eine Kampagne für Volksabstimmungen zum Vertrag von Lissabon in allen EU-Mitgliedstaaten initiiert.

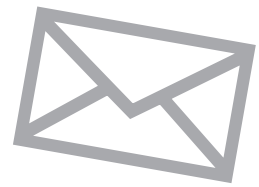
Warum fürchten sich die Regierenden vor solch einem Votum? Warum wollen sie nicht, dass wir Bürger unser Europa selbst gestalten?

Der neue Vertrag wird die Europäische Union in vieler Hinsicht verändern. Und das hat schwerwiegenden Einfluss auf die künftigen Existenz-, Arbeits- und Lebensbedingungen aller Menschen in der EU. Unsere Zukunft wollen wir uns nicht von Regierungen vorschreiben lassen – die wollen wir demokratisch selbst entscheiden.

DIE LINKE unterstützt die EL-Kampagne und fordert eine Volksabstimmung über den Lissabonner EU-Reformvertrag! Treten Sie mit Ihrer Unterschrift ein für Ihr Recht, europapolitische Grundsatzentscheidungen mitzubestimmen! Infos dazu gibts unter [www.die-linke.de](http://www.die-linke.de) bzw. in der Geschäftsstelle der LINKEN (Telefon: 512 20 47). -kl-

## In dieser Ausgabe

- Vietnam-Hilfe kommt an (Seite 3)
- Erfüllte Rathausnacht (Seite 4)
- So wirkt DIE LINKE in Berlin (Seite 5)
- Dichtung und Wahrheit (Seite 6)
- Gesine Löttsch: Gerech geht anders (Seite 7)
- Taut-Aula wiedereröffnet (Seite 8)



## Kleine Zeitung – große Wirkung?



Foto: Martin Walter

„Eröffnet ist die 50. Veranstaltung“ der acht Basisorganisationen im Kiez „Rund um das RiZ“ (Foto). So Dr. Peter-Rudolf Zotl, engagierter Koordinator und Moderator der Veranstaltungen. Thema des Abends: „info links“ – kleine Zeitung – große Wirkung.“

Unser Gesprächspartner, der Verantwortliche Redakteur des Blattes, setzte gleich hinter der Thematik ein dickes Fragezeichen. Seine These: „Die Wirkung unserer Zeitung hängt maßgeblich davon ab, wie jede Seite und Ausgabe in Form und Inhalt bei den Lesern ankommt.“ Die Zeitung sei ein bedeutendes Mittel der Öffentlichkeitsarbeit und damit eine Sache aller in der Partei. Sie richte sich an alle Bürger.

Monatlich werden im Stadtbezirk bis zu 11 000 Zeitungen verteilt. Anlass für den Redakteur, denen zu danken, die die Zeitung gestalten, wie unsere Genossin Inge Junginger

(BO 209), und denen, die das Blättchen regelmäßig von der Geschäftsstelle abholen und verteilen. So aus unserem Kiezverband Genosse Fritz Meinel, der monatlich 350 Zeitungen im Bereich der BO 220 verteilt.

Die Redaktion wünscht sich mehr „Korrespondenten“-Berichte aus allen Kiezen und BO, und ich bin dieser Bitte gern gefolgt.

*Horst Skawran*

### Ein gutes Beispiel

Auch linke Öffentlichkeitsarbeit kostet Geld. Deshalb hatte die Karlshorster BO 47 eine gute Idee: Sie will im Februar mindestens 10 Euro pro Basis-Mitglied für das Erscheinen von „info links“ im Jahr 2008 spenden. Die Redaktion, der ich von dieser Absicht berichtete, freut sich darüber und hofft, dass sich möglichst viele Basisorganisationen diesem Beispiel anschließen.

*M. Walter*

## Jugendweihe feiern

Aber wo? Für eine große Feier ist die eigene Wohnung meist zu klein. Und Partyräume zu mieten, lässt oft der Geldbeutel nicht zu. In diesem Fall bietet Gesine Löttsch die Räume ihres Wahlkreisbüros (Ahrenshooper Straße 5) wieder für Jugendweihefeiern an.

Gegen eine Spende in Höhe von 50 Euro für den Lebenshilfe-Verein können zwei große Räume, Küche und Terrasse für eine ausgelassene Feier gemietet werden.

*-kl-*

● Anmeldungen unter Telefon 9927 0725

### Lesetipp

- Dr. Ronald Sassning: „Erwin Panndorf (1904–1942) Gera–Moskau–Spanien–Berlin. Der Weg zu antifaschistischen Fronten“, biografische Skizze, Hrsg.: Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen, 16 Seiten
- Bestellungen über „Der kleine Buchladen“, Weydingerstraße 14–16, 10178 Berlin, Telefon 24 72 46 83

## Diäten gespendet

Mindestens sechs Lichtenberger Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren können sich auf Ferien in Brückentin freuen. Bezahlt wird ihr Aufenthalt (17. bis 29. August) von Gesine Löttsch, stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion DIE LINKE. Alle Fraktionsmitglieder hatten gegen höhere Diäten gestimmt und entschieden, die von der Parlamentsmehrheit durchgesetzten höheren Bezüge für soziale Zwecke zu spenden.

Wer sein Kind dafür anmelden möchte, schicke die Kopie eines ALG-II-Bescheides oder den Nachweis über ein geringes Einkommen an: Dr. Gesine Löttsch, Platz der Republik 1, 11011 Berlin. Telefon 227 717 87. *-kl-*

## Bürgerstiftung geplant

Lichtenberg will die Bürgerkommune entwickeln. Dazu müssen bürgerschaftliches Engagement und ehrenamtliche Tätigkeit gefördert werden. Ein Instrument hierfür soll die Gründung einer Bürgerstiftung sein. Partner der Stiftung in Gründung sind die Volksbank Berlin, die Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege, die HOWOGE und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in Lichtenberg. Sie will Projekte fördern, die von bürgerschaftlichem Engagement getragen sind. Jeder Lichtenberger kann Stifter werden und so dieses Anliegen unterstützen. Dabei ist jede Spende willkommen – und kann steuerlich geltend gemacht werden.

*M. W.*

### ● Bürgerstiftung Lichtenberg

Berliner Volksbank e. G.

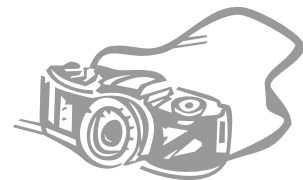
Konto: 2046 275 007, BLZ: 100 900 00

## Linke Streitkultur?

Die Linken waren und sind keine gleichgeschaltete gesellschaftliche Strömung. Das wollen und werden sie nie sein. Das gilt auch für DIE LINKE. Sie steht für Pluralität. In ihr reiben sich Überzeugungen und Meinungen – je engagierter, desto heftiger. Das ist gut, ist produktiv, solange sich nicht eine Person oder Gruppe im Besitz der allein seligmachenden Wahrheit wähnt und diese mit allen Mitteln durchzusetzen versucht.

So geschehen am 13. Januar in der Gedenkstätte der Sozialisten, wo „Rechtgläubige“ Blumen und Kränze am Stalinopfer-Stein zertraten und auf Ordner und „Andersgläubige“ einschlugen. Sie erfüllten so in makabrer Weise den Stalinismus-Begriff mit neuem altem Inhalt. Attraktives linkes Verhalten sieht anders aus ...

*Martin Walter*



## Unsere Hilfe kommt an

In der Dezember-Ausgabe von „info links“ hatte Inge Junginger erste Eindrücke von ihrer Reise nach Vietnam wiedergegeben. Die Berliner Volkssolidarität hatte sie gebeten, sich auch über die vom Solidaritätsdienst international (SODI) betreuten Projekte zu informieren. „info links“ veröffentlicht ihren Bericht:

Im Zentrum für Orthopädie und Rehabilitation der Stadt Vinh hatte die DDR in den achtziger Jahren die Orthopädiewerkstatt eingerichtet. Beim Rundgang konnte ich auf vielen Bildern Abgesandte von SODI zusammen mit Ärzten,



Fotos: Inge Junginger

Schwestern und Patienten sehen. Jetzt war zum ersten Mal jemand von der Volkssolidarität da. Das Zentrum behandelt in einer klinischen und einer ambulanten Abteilung jährlich etwa 1000 Patienten. Wenn diese aus armen Familien kommen, die nicht versichert sind, werden sie unentgeltlich behandelt. In den Behandlungsräumen sah ich Therapeuten und Kinder bei Massagen und Übungen. Ein Jugendlicher im Rollstuhl winkte mir fröhlich zu. Für ihn ist es ein großer Erfolg, sich selbstständig bewegen zu können.

Eigentlich müsste das Zentrum dringend renoviert werden, meinte ich. „Das ist nicht so wichtig. Die Hauptsache ist, unseren Patienten zu helfen“, antwortete mir der Direktor, Dr. Cong.

Zwei Tage später war ich im 50 km nördlich von Vinh an der Küste gelegenen Quynh Lu'u. Im dortigen Kreiskrankenhaus hat SODI eine kleine Reha-Station errichtet. Die Patienten können jetzt in der Nähe ihres Wohnortes behandelt werden.

Orthopädische Behandlungen nehmen viel Zeit in Anspruch, oft dauern sie jahrelang. Und in vietnamesischen Krankenhäusern sind Ärzte und Schwestern nur für die medizinische Betreuung zuständig. Für Essen, Wäsche und Körperpflege muss die Familie sorgen. Das kann keine Familie über so lange Zeit leisten. Darum werden die Kinder in Abständen jeweils für zehn Tage mit ihren Müttern aufgenommen. Die Mütter werden in dieser Zeit für die weitere Behandlung angeleitet.

Natürlich fragte ich nach den Ursachen der Behinderungen. Wie überall sind sie unter-



**Foto links:** Nach jahrelanger Behandlung kann dieses Mädchen wieder laufen. **Foto rechts:** Mutter und Tochter im Krankenzimmer

schiedlich. Am häufigsten sind aber genetische Schäden durch Vergiftung mit Dioxin als Spätfolge des Krieges.

Viel Elend hatte ich in diesen Tagen gesehen, aber auch Fröhlichkeit und aufopferungsvolle Arbeit. Tief beeindruckt und nachdenklich kehrte ich nach Vinh zurück. Wie wichtig ist doch unsere Hilfe für dieses schwer geprüfte Volk! Und sollten wir alle nicht unser Herz für die vietnamesischen Kinder öffnen? Gelegenheit dazu gibt es wieder bei der Listensammlung der Volkssolidarität vom 1. bis 31. März 2008. Inge Junginger

## Zug der Erinnerung

Der „Zug der Erinnerung nach Berlin“ – eine historische Ausstellung, die an die Deportation von jüdischen Kindern unter der NS-Diktatur erinnert –, wird Mitte April auf fünf Berliner Bahnhöfen Station machen, darunter auch in Lichtenberg. DIE LINKE unterstützt dieses Vorhaben, weil sie will, „dass sich die Deutsche Bahn AG ihrer Verantwortung als Nachfolger des damals logistischen Sachwalters und Nutznießers der tausendfachen Deportationen von Kindern in die Vernichtungslager stellt“, sagte Daniel Tietze, Mitglied des Fraktionsvorstandes der LINKEN in der BVV.

Bislang weigert sich die Bahn, dem Ausstellungszug eine unentgeltliche Nutzung der Schienen einzuräumen. Auf die gesamte Kilometeranzahl hochgerechnet verlangt der Konzern für die 50 anzusteuern Städte mehr als 50 000 Euro von dem gemeinnützigen und

ehrenamtlich arbeitenden Verein. Sie will auch am Gedenken noch verdienen.

Bereits 40 000 Menschen haben den Ausstellungszug besucht, der seit November unterwegs ist und am 8. Mai in Auschwitz ankommen soll. Als Nachfolgeprojekt der 2006 europaweit bekanntgewordenen französischen Ausstellung „11 000 Kinder. Mit der Reichsbahn in den Tod“, für die sich auch die Lichtenberger LINKEN aktiv einsetzten, hat er vielerorts zu lokalen Nachforschungen gegen das Vergessen angeregt.

Am 27. Januar, dem Gedenktag für die Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz, und am 28. Januar wurden die Namen von Lichtenberger Holocaustopfern auf die Giebelwand des Stadthauses projiziert. Die „Ausstellung „Judendeportationen 1941–1945. Erinnern für die Zukunft“ im Stadthaus dokumentiert einige der 180 Todeszüge in die Ghettos und Vernichtungslager. J. P.

## Durchbruch im Westen

DIE LINKE ist seit dem 27. Januar mit 7,1 Prozent sicher im Landtag von Niedersachsen vertreten und hat es auch in Hessen (5,1 Prozent) geschafft. Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch beeilte sich, von einem „Durchbruch im Westen“ zu sprechen und die Behauptung zu wagen, DIE LINKE könne nun in jedem Bundesland punkten. Gregor Gysi sah gar in den Wahlergebnissen „eine veränderte politische Kultur in der BRD“. Das ist, meine ich, verfrüht, wie Äußerungen von Frau Ypsilantes in Hessen und Christian Wulff in Niedersachsen beweisen. Um diese Kultur muss mit langem Atem gerungen werden. Für DIE LINKE in Niedersachsen und Hessen beginnen jetzt die Mühen des Alltags: Noch wird sie verteufelt, noch ist ihr Mittun in Bund und Ländern nicht politische Normalität. Dieser Kampf geht jetzt erst richtig los. M. W.



## Strafanzeige gegen NPD

Katrin Framke, Bezirksstadträtin für Kultur und Bürgerdienste, stellte beim Polizeipräsidenten von Berlin Strafanzeige gegen Jörg Hähnel, NPD-Verordneter in der BVV Lichtenberg. Hähnel hatte öffentlich die Tötung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gebilligt und das Andenken des von den Nazis ermordeten Widerstandskämpfers Anton Saefkow verunglimpft.

Dagegen hatten auch über 30 Anwohner rund um den Anton-Saefkow-Platz mit Blumen für die Saefkow-Stele vor dem Besuch der Gedenkstätte der Sozialisten am 13. Januar protestiert. Bezirksvorstand und Fraktion der Partei DIE LINKE in der BVV unterstützen den Strafantrag.

## Weltbank fragt Bezirk

Die Weltbank interessiert sich für Berlins ersten Bürgerhaushalt in Lichtenberg. Bürgermeisterin Christina Emmrich wurde von ihr persönlich eingeladen, auf einem internationalen Workshop im März in Südafrika über Erfahrungen mit der Einbeziehung der Bürger in die Haushaltsplanung zu berichten. Da Christina Emmrich für diesen Zeitpunkt die Teilnahme an einem internationalen Symposium in Wien zugesagt hatte, muss sich die Weltbank mit Unterlagen zu den bisher drei Bürgerhaushalten begnügen. Übrigens: Wien hat sogar das Lichtenberger Motto „Wir rechnen mit Ihnen“ übernommen.

M. W.

## Erfüllte Rathausnacht

Zum wiederholten Mal besuchte ich die „Nacht der Politik“ im Rathaus Lichtenberg. Obwohl ich mich dieses Jahr zum Veranstaltungsbeginn aufmachte, fand ich den Rathaussaal bereits übervoll. Das bekannte „Neue Berliner Sinfonieorchester“ lud zum Konzert ab 19.30 Uhr. Aber es gab genügend Ausweichmöglichkeiten: Eine Gesprächsrunde in den Räumen der Linksfraction gab Einblicke in die Arbeit

der Bezirksverordneten und Abgeordneten. Ein Versuch, das Nachträtsel vollständig zu lösen, scheiterte: Neben für mich leichten Fragen, wie nach dem Mies-van-der-Rohe-Haus, wusste ich die Anzahl der Bäume im Stadtbezirk nicht. blieb noch der Rundgang durch die Fotoausstellung im Keller und die Bewunderung des im Innenhof aufgestellten Rathausmodells. Insgesamt hatte ich den Eindruck, dass das für die Veranstaltung ausgegebene Geld gut angelegt war.

Dieter Gärtner



27. Januar – bundesweiter Gedenktag an die Opfer des Faschismus: Bürgermeisterin Christina Emmrich und Mitglieder der BVV legen Blumen am Ehrenmal auf dem Loeperplatz nieder.

+ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +

### Kreuzungsumbau

Wie kann die Kreuzung Buchberger Straße/Frankfurter Allee umgebaut werden? Das soll bis April in einer Studie geklärt werden, für die der Senat jetzt 9000 Euro zur Verfügung gestellt hat.

### Geförderte Stadtteilarbeit

13 von 24 im vergangenen Jahr eingereichte Anträge für Projekte der Stadtteilarbeit werden 2008 mit insgesamt 220000 Euro gefördert. Die Bewertung orientierte sich u. a. an den Stadtentwicklungszielen. Sie wurde von einer Facharbeitsgruppe vorgenommen, an der auch Bezirksverordnete als Beobachter beteiligt waren.

### Kein Aprilscherz

... sind ein Festakt am 1. April sowie eine Ausstellung im Rathaus über die Stadtgründung Lichtenbergs. Seit diesem Tag vor 100 Jahren dürfen sich die Lichtenberger als Stadtbewohner bezeichnen. Damals waren es 70882.

- Infos zum Stadtjubiläum: Bezirksstadträtin Katrin Framke, Telefon 902 963 700

### Wege in den Beruf

Fragen zu Ausbildung und Arbeitsvermittlung sind Themen der Lichtenberger Ausbildungstage am 12. und 13. Februar in der bbj-Corvus GmbH, Herzbergstraße 84. Unter dem Motto „Jugend braucht Vorfahrt“ bieten dort z. B. Arbeitgeber mit freien Stellen Gespräche an.

### Mitbestimmung

Freie Träger und Betriebe, denen Aufgaben vom Bezirksamt übertragen werden, sollen künftig eine Personalvertretung nach § 1 Betriebsverfassungsgesetz haben. Das verlangt ein Antrag, den DIE LINKE in die BVV eingebracht hat.

### Offene Schultüren

... bestimmen derzeit das Bild der Lichtenberger Gymnasien. So stellt das Coppi-Gymnasium am 16. Februar, 9 bis 12 Uhr, u. a. sein musikbetontes Profil vor. Am 12. Februar lädt die Schule in der Sandinostraße zum Tag der offenen Tür ein. Dort gibt es 16.30 Uhr und 17.30 Uhr Führungen.

## So wirkt die LINKE

Information von Oskar Lafontaine, Lothar Bisky und Gregor Gysi zur Politik in Berlin

Viel und oft wird über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE im Berliner Abgeordnetenhaus, über die Arbeit unserer Senatorinnen und unseres Senators in der neuen Legislaturperiode diskutiert, zum Teil auch berechtigt kritisch.

Aber nach schweren Jahren konnte Berlins Haushalt so weit saniert werden, dass für den Doppelhaushalt 2008/09 keine neuen Schulden aufgenommen werden müssen, sogar mit der Schuldentilgung begonnen wird.

Es gibt weitere Erfolge, die einmalig in Deutschland sind: Nach langen Verhandlungen mit der Bundesregierung und der Agentur für Arbeit wird in Berlin ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor (ÖBS) aufgebaut. Die Arbeitnehmer-Brutto-Entgelte werden nicht weniger als 1300 Euro monatlich betragen. Insgesamt werden im ÖBS 10000 existenzsichernde und sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse für die am schwersten zu vermittelnden Arbeitslosen geschaffen.

Während die Koalition auf Bundesebene noch über den Mindestlohn diskutiert, macht der Berliner Senat Ernst: Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge in der Hauptstadt müssen alle Unternehmen künftig garantieren, dass sie Tariflohn und mindestens einen Stundenlohn von 7,50 Euro zahlen.

Nach den Forderungen der LINKEN wurde eine Bürgerrechts- und Bürgerbeteiligungspolitik durchgesetzt, die in anderen Bundesländern ihresgleichen sucht. Bürgerbegehren und Volksentscheide wurden in die Berliner Verfassung aufgenommen und sind inzwischen vielgenutzte Mittel der demokratischen Mitbestimmung geworden. In den Berliner Bezirken wurde der Bürgerhaushalt eingeführt, Jugendliche ab 16 Jahre können bei Kommunalwahlen ihre Stimme abgeben.

Berlin hat heute ein bundesweit vorbildliches Versorgungsniveau bei Kita-Plätzen. Mehr als 90 Prozent der Kinder besuchen einen Kindergarten, über 95 Prozent sind es im Jahr vor der Einschulung. Seit 1. Januar 2007 ist für alle Kinder im letzten Jahr vor Schulbeginn der Kita-Besuch beitragsfrei.

In Berlin fahren Arbeitslosengeld-II-Bezieher, Rentner mit Grundsicherung, „Aufstocker“, Sozialhilfeempfänger und Asylbewerber mit dem Sozialticket zum halben Preis mit Bus und Bahn. Bei Preissteigerungen erhöht sich nicht der Preis des Sozialtickets. Für nur drei Euro erwerben sie in Opern und Theatern eine

## Sicheres Auftreten am Infostand

Ein neues Jahr bringt auch wieder neue Vorhaben mit sich: Viele Genossen möchten besser vorbereitet an den Infoständen der LINKEN auftreten, richtig locker auf den Bürger zugehen, Argumente überzeugender formulieren, Gespräche lenken und gestalten können.

Deshalb hat sich die AG Neumitglieder vorgenommen: Kein Neumitglied soll unvorbereitet an einem Infostand stehen. Aber auch viele „Alte“ wollen – „ganz egoistisch“ – solch eine Weiterbildungsmöglichkeit nutzen.

Die AG Neumitglieder lädt deshalb alle Interessenten zur Veranstaltung „Sicheres Auftreten am Infostand“ ein:

● **14. Februar, 18–21 Uhr**  
Wahlkreisbüro von Gesine Löttsch, Ahrenshooper Straße 5

● **Anmeldung:** Geschäftsstelle der LINKEN, Telefon 512 20 47

*Katrin Petermann*

Stunde vor Vorstellungsbeginn die bis dahin nicht verkauften Karten als Kulturticket. Bibliotheken können sie kostenlos nutzen.

Mit dem Ziel, das sozial ausgrenzende gegliederte Schulsystem zu überwinden, wurde erfolgreich das in Deutschland einmalige Pilotprojekt der Gemeinschaftsschule gestartet. 400 Lehrer wurden zusätzlich und dauerhaft eingestellt. Jedes Kind erhält ab Januar 2008 ein warmes Mittagessen für 23 Euro monatlich, bisher zahlten viele Eltern rund 40 Euro im Monat.

Der Verkauf der Landesbank war Pflicht, aber die Sparkasse bleibt öffentlich-rechtlich. Die Stadt hatte eine hohe Einnahme und das System der Sparkasse wurde im Interesse der Kunden gesichert.

Ab 1. Januar 2008 gibt es in Berlin eine Umweltzone, die den Namen verdient. Die Innenstadt wird deutlich von Feinstaub und Stickstoffdioxid entlastet. Der Neubau eines Kohlekraftwerkes durch Vattenfall wird abgelehnt.

Im Koalitionsvertrag steht, dass kein einziges Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge privatisiert werden darf.

In einer Koalition sind Kompromisse nötig – aber auch für die SPD, der DIE LINKE manche Entscheidung abgerungen hat, die aus der Opposition heraus nie möglich gewesen wäre.

## Veranstaltungen

- **Montag, 4.2., 19.30 Uhr**  
„Die Wahlen in Hessen und Niedersachsen: Wie erfolgreich sind wir im Westen? Und wie steht es um unsere Chancen bei den kommenden Landtagswahlen in Hamburg sowie bei den Kommunalwahlen in Bayern?“, mit Bodo Ramelow, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Bundestag; Nachbarschaftshaus, Am Berl 8–10, Tanzcafé
- **Dienstag, 5.2., 18 Uhr**  
„DIE LINKE – wohin verändert sie die Bundesrepublik?“, Bürgerversammlung mit Gesine Löttsch, MdB; Georg-Förster-Gymnasium, Dolgenseestraße 60
- **Mittwoch, 6.2., 19 Uhr\*\***  
Treffen der AG Neumitglieder
- **Sonnabend, 9.2., 10 Uhr**  
„Städtischer Zentralfriedhof – Gudrunstraße“, Kiezspaziergang mit Bürgermeisterin Christina Emmrich; Treff: Haupteingang Gudrunstraße
- **Dienstag, 12.2., 19 Uhr\***  
Tagung des Bezirksvorstandes
- **Sonnabend, 16.2.**  
Wahlkampfeinsatz in Hamburg, Kleinbus der BV Lichtenberg
- **Wochenende, 22./23.2.**  
Klausur des Bezirksvorstandes; Waldhotel Wandlitz
- **Donnerstag, 6.3., bis Sonntag, 9.3.**  
5. Akademie für linke Medienmacher; Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Veranstaltungsorte:

\* Alfred-Kowalke-Straße 14, \*\* Ahrenshooper Straße 5

## Hauptversammlung

Der Bezirksvorstand der LINKEN Lichtenberg hat auf seiner Tagung am 8. Januar die 2. Tagung der 1. Hauptversammlung des Bezirksverbandes Lichtenberg der Partei DIE LINKE einberufen:

● **Sonnabend, 29. März 2008, 9 Uhr**  
Festsaal der CORVUS GmbH, Herzbergstraße 84

● **Vorläufige Tagesordnung:**

→ Rechenschaftslegung der Lichtenberger Mitglieder des Abgeordnetenhauses von Berlin

→ Wahl der Delegierten zum 1. Bundesparteitag der LINKEN

→ Wahl weiterer Mitglieder für den Landesausschuss Berlin der LINKEN

## Dichtung und Wahrheit

Von Peter-Rudolf Zotl

### Halsstarrig?

Die Positionen zu den Tarifforderungen des Berliner öffentlichen Dienstes liegen in der rot-roten Koalition im Moment weit auseinander: Die SPD beharrt auf den bis 2009 gültigen Vereinbarungen. DIE LINKE hingegen will den Forderungen entgegenkommen. Beide ringen hart, dennoch ist Rot-Rot – wie zuweilen behauptet – tarifpolitisch nicht halsstarrig und unsozial:

- In Berlin gilt der aktuelle Tarifvertrag, jedoch nach dem mit ver.di vereinbarten Prinzip „Mehr Freizeit statt Geld“.
- 2010 werden als Ausgleich für den 6-Prozent-Einkommensverlust der Beschäftigten alle Einkommen um 10 Prozent gesteigert.
- Im Januar 2009 werden die niedrigen Beamten-Besoldungsgruppen Ost und ein Jahr später die höheren Besoldungsgruppen auf Westniveau gehoben.
- Bis 2009 sind in Berlin – das ist einzigartig in der Bundesrepublik – betriebsbedingte Kündigungen generell ausgeschlossen.
- All das ist Beschluss von Rot-Rot, obwohl Berlin wegen der Einkommensgleichheit bei Arbeitern und Angestellten bis heute aus der Tarifgemeinschaft deutscher Länder ausgeschlossen ist und alle tariflichen Mehrbelastungen allein zu schultern hat.

### Unsinnig?

Im Moment ziehen Wirtschaftsverbände und konservative Parteien gegen die seit 1. Januar 2008 geltende Umweltzone blank. Diese wird als ziemlich „wirkungsloser Aktivismus und Unsinn“ diffamiert, weil auch noch andere Faktoren für die Feinstaubbelastung verantwortlich seien, und die würden mit der angeblich „bloßen Orientierung auf Umweltzone“ nicht erfasst.

Unbestritten ist: Die Umweltzone trägt spürbar dazu bei, die Feinstaubbelastung zu senken. Unbestritten ist aber auch, dass in dieser Frage noch anderes zu leisten ist. Genau davon geht die Politik von Rot-Rot aus: Die Umweltzone ist ein wichtiger, aber nicht der alleinige Schritt.

Die Absicht der Schelte liegt auf der Hand: Man will grundsätzlich keine ökologische Auflagen für Wirtschaft und Gewerbe haben – was aber mit Rot-Rot und dem Erfordernis nachhaltiger Politik nicht zu machen ist.



Foto: Büro Harald Wolf

### Demokratiefeindlich?

Im Entwurf des Durchführungsgesetzes zur direkten Demokratie auf Landesebene ist die Offenlegung der Spenden über 50 000 Euro vorgesehen. Es gibt nämlich begründeten Anlass zur Vermutung, dass bei einigen Initiativen direkter Demokratie Interessen von Unternehmen und Organisationen eine tragende Rolle spielen, die vor der Öffentlichkeit verschleiert werden, so z. B. beim Volksbegehren zu Tempelhof, gegen den Nichtraucherschutz oder für das Wahlpflichtfach Religion. Und dass man sich das richtig was kosten lässt.

Das alles ist nicht verboten, aber die Bevölkerung sollte es wissen.

### Wortbrüchig?

Das landeseigene Berliner Immobilien Management (BIM) hat einen Auftrag zum Objektschutz an eine Firma vergeben, die zwar Mindestlohn, aber weit unter 7,50 Euro zahlt. Das steht im Gegensatz zum Entwurf für ein neues Berliner Vergabegesetz. Die Opposition spricht von Wortbruch, und einige Medien folgen ihr. Fakt ist aber:

- Bis die Entscheidung im Abgeordnetenhaus gefallen ist, gilt noch die europäische Vergaberichtlinie, laut der bei gleichem Leistungsangebot das günstigste Preisangebot entscheiden muss.
- Das BIM hätte auch nicht mit der Ausschreibung warten können, denn seine Objekte müssen gesichert werden, und der alte Vertrag war ausgelaufen.

Senator Harald Wolf will einen Teil der für 2010 geplanten Einkommenssteigerung für den öffentlichen Dienst auf 2008 vorziehen.

### Unsere Sprechstunden

So sind die Lichtenberger Vertreter im Berliner Abgeordnetenhaus zu erreichen:

- **Evrin Baba:** ☎ 0172-39 25 870, 22. Februar 2008, 17 Uhr, Nachbarschaftshaus, Welsestraße 32
- **Marion Platta:** ☎ 0170-698 92 55, 21. Februar, 17 Uhr, Soziokulturelles Zentrum, Landsberger Allee 180 D, (Fennpfuhl)
- **Prof. Dr. Stefanie Schulze:** ☎ 0163-717 89 90, 21. Februar, 18 Uhr, Kiezspinne, Schulze-Boysen-Straße 38
- **Giyasettin Sayan:** ☎ 0171-703 01 63, 6. Februar, 17 Uhr, KULTSchule, Sewanstraße 43 (mit Rechtsanwältin Birgit Stenzel), montags, 13 Uhr, im Abgeordnetenhaus
- **Mari Weiß:** ☎ 2325 2563, Termine nach Vereinbarung
- **Dr. sc. Peter-Rudolf Zotl:** ☎ 0151-1560 2356, 11. Februar, 17 Uhr, Abgeordnetenhaus (Raum 417 a), und 27. Februar, 17 Uhr, Kieztreff, Anna-Ebermann-Straße 26

Gern kommen wir auch in Basis- und Bürgerveranstaltungen. **Ladet uns ein!**

## Gerecht geht anders

Aus dem „Verteilungspolitischen Sündenregister“ der Bundesregierung

„Zwei Jahre Große Koalition. Ein verteilungspolitisches Sündenregister“ – so ist ein Papier übertitelt, das der Arbeitskreis „Wirtschaft, Arbeit, Finanzen“ der Bundestagsfraktion DIE LINKE Ende Dezember 2007 herausgegeben hat. Detailliert wird nachgewiesen, wie die Koalition von CDU/CSU und SPD immer wieder von unten nach oben umverteilt, die enormen Mehrbelastungen vergesellschaftet, aber den beträchtlichen Nutzen privatisiert hat.

### Griff in unsere Taschen

In ihren ersten beiden Regierungsjahren hat uns die schwarz-rote Bundesregierung mehr als 27 Milliarden Euro an zusätzlichen Steuern aufgebremst. Für 13 Milliarden Euro hat sie aber auch Steuerentlastungen verteilt. Ging es also in Wirklichkeit nur um 14 Milliarden Euro Mehrsteuern?

Weit gefehlt, denn es handelt sich um völlig unterschiedliche Adressaten: Die 27 Milliarden Euro Mehrsteuern wurden allein den Bürgerinnen und Bürgern aus der Tasche geholt, die 13 Milliarden Euro Steuerentlastungen wurden allein den Unternehmen in die Tasche geschoben. Gerecht geht eigentlich anders.

### 27 Milliarden Beute

- Die Erhöhung der Mehrwertsteuer kostet die Bevölkerung ca. 22 Milliarden Euro.
- Die Senkungen bei der Entfernungspauschale, beim Sparerfreibetrag u.a. bringen Mehrausgaben von 3,5 Milliarden Euro.
- Durch die verkürzte Bezugsdauer des Kindergeldes und des Kinderfreibetrages werden 534 Millionen Euro abgepresst, durch die steuerliche Belastung von Abfindungen 400 Millionen Euro und durch die erhöhte Besteuerung von Energieprodukten 260 Millionen Euro – insgesamt 1,2 Milliarden Euro.
- Stolz verweist vor allem die SPD auf die Anhebung des Spitzensatzes bei der Einkommenssteuer. Doch in Wahrheit bringt die „Reichensteuer“ nur 250 Millionen Euro ein. Weil nämlich Gewinneinkünfte ausgenommen sind, zahlen faktisch nur wenige wirklich Reiche. Weil zudem der Spitzensatz von 51 auf 45 Prozent gesenkt wurde, trifft sie diese Steuererhöhung nur ganz wenig oder gar nicht.

### Kontakt

Die Lichtenberger Bundestagsabgeordnete **Dr. Gesine Lötzs** ist erreichbar:

- Wahlkreisbüro, Ahrenshooper Straße 5, 13051 Berlin, ☎ 9927 0725, oder im Bundestag, ☎ 2277 1787
- **Sprechstunde:** Montag, 28. Februar 2008, 17 Uhr, Wahlkreisbüro (bitte anmelden!), und nach Vereinbarung

Sehr gern kommt Dr. Gesine Lötzs in Einwohner- und Basisberatungen. **Ladet sie ein!**

### Milliardengeschenke

- Die Unternehmenssteuerreform bringt den Unternehmen etwa 10 Milliarden Euro Einsparung. Die verbesserten Abschreibungsmöglichkeiten spülen ihnen dazu weitere 2,4 Milliarden in die Taschen, und die neue Besteuerung für Energieerzeugnisse bringt immerhin auch noch ca. 260 Millionen Euro. Insgesamt ist allein das ein stattlicher Zugewinn von ca. 12,7 Milliarden Euro.
- Besonders skandalös ist, dass und wie ein großer Teil des sogenannten Aufschwungs auf einem flächendeckenden und vor allem regierungsamtlichen Dumping basiert. So z. B. werden die Unternehmen zu Dumpinglöhnen ermuntert, weil es zu diesen ergän-

zende Sozialhilfe gibt, die vom Steuerzahler und nicht von den daran profitierenden Konzernen bezahlt wird. Diese „Aufstockungssumme“ macht 9 Milliarden Euro im Jahr aus – etwa die Höhe des Bundesetats für Wissenschaft und Forschung.

- Die Bundesregierung hat die Europäische Dienstleistungsrichtlinie mit durchgepeitscht und so „Dumping per Gesetz“ verfestigt. Schließlich führt die permanente Verschärfung von Hartz IV dazu, dass den Unternehmen eine ausreichende „Reservearmee“ (Karl Marx lässt grüßen) von Menschen zur Verfügung steht, die gezwungen ist, ihre Arbeitskraft für Dumpinglöhne zu verkaufen.
- Der gesamte finanzielle Gewinn für die Wirtschaft allein aus dieser Politik lässt sich in Zahlen nicht exakt ausdrücken; es ist aber davon auszugehen, dass er die oben erwähnten 13 Milliarden Steuergeschenke mehrfach übersteigt.

### Wider das Vergessen

Besonders weil Schwarz-Rot sich mit Blick auf die Wahlen 2009 ein soziales Mäntelchen umzuhängen beginnt, ist das Material der Bundestagsfraktion sehr nützlich wider das inkalkulierte Vergessen. Bestellt werden kann es über [sylvia.kalex@linksfraktion.de](mailto:sylvia.kalex@linksfraktion.de).

*Gesine Lötzs, haushaltspolitische Sprecherin der LINKEN im Bundestag, fordert eine gerechte Verteilung des Reichtums und der Lasten.*



Foto: Büro Lötzs



## Max-Taut-Aula wiedereröffnet



Foto: Jörg Rückmann

62 Jahre nach ihrer Zerstörung ist die Max-Taut-Aula an der Fischerstraße wiedereröffnet worden. Die letzten Bauzäune müssen noch weg, dann wird sich das architektonische Kleinod zu einem kulturellen Treffpunkt des Bezirks mausern. Auch die BVV wird künftig hier tagen. Zu erreichen ist die Max-Taut-Aula mit dem 240er Bus oder mit der S-Bahn bis Rummelsburg bzw. Nöldnerplatz.

## Buchtipps



### Einkommen für alle

Über Götz W. Werner habe ich Erstaunliches gehört: Er ist Professor an der Uni Karlsruhe. Vor allem aber ist er Gründer und Chef der Drogeriekette dm, der in seinem Unternehmen Mitarbeiter und Kunden in den Mittelpunkt stellt – ein Mann des Kapitals, der Einkommen als ein Bürgerrecht und Hartz IV als „offenen Strafvollzug“ bezeichnet.

Das macht neugierig auf sein jüngstes Buch. Man liest, stimmt zu und meldet gleichzeitig Widerspruch an. Ich bin hin- und hergerissen, wenn er schreibt: „Vollbeschäftigung ist eine Illusion. Also müssen

wir Arbeit und Einkommen trennen.“ Damit fordert er eine radikale Umkehr nicht nur in unseren sozialen Sicherungssystemen.

Ebenso radikal denkt der Autor über die Begriffe Arbeit, Einkommen und Steuern nach: „Die Zukunft des Sozialstaates liegt in einem Grundeinkommen, das jedem Bürger ohne irgendwelche Voraussetzungen oder Bedingungen zusteht, das seine Existenz sichert und sein Arbeitseinkommen teilweise ersetzt ... Das garantierte Grundeinkommen würde unsere Gesellschaft völlig verändern. Wir wären nicht mehr zur Arbeit gezwungen – hätten aber die Freiheit, für Mitmenschen sinnvoll tätig zu sein.“

Ein spannendes und anregendes Buch – besonders auch für Linke. *Inge Uessler*

● Götz W. Werner: „**Einkommen für alle**“, Verlag Kiepenheuer & Witsch, 16,90 €, 224 Seiten, ISBN: 978-3462037753

## info links

### Herausgeber

DIE LINKE – Landesvorstand Berlin, Redaktionskollektiv, V.i.S.d.P. Manfred Niklas

### Adresse der Redaktion

Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE, Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Telefon: 030/512 20 47

Fax: 030/51 65 92 42

E-Mail: [lichtenberg@die-linke-berlin.de](mailto:lichtenberg@die-linke-berlin.de)

Web: [www.die-linke-lichtenberg.de](http://www.die-linke-lichtenberg.de)

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinnwährend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion.

Redaktionsschluss für Ausgabe 1/08: 28.1.2008

Redaktionssitzungen für Ausgabe 2/08:

Mittwoch, 6.2. und 20.2., jeweils 16 Uhr

Abgabeschluss für Texte und Fotos: 18.2.

Die nächste Ausgabe erscheint am 28.2.

Druck: Druckerei Bunter Hund

Gestaltung: Jörg Rückmann

Diese Zeitung wird durch Spenden finanziert.

## Kultur im Bezirk

### ● Ausstellungen

- Marina Lyubaskina: „Ich bin im Meer geboren“, Fotografie, Zeichnungen, Collagen; studio im hochhaus, Zingster Straße 25, noch bis 2.3.
- Rolf-D. Banek: „Spuren der Macht, Erlebtes und Gedachtes in Bildern“; Foyer des Kulturhauses Karlshorst, Treskowallee 112, noch bis 15.4.
- „Soziale Fotografie der 20er Jahre von Amateuren und Arbeiterfotografen“, Fotos von: Ballhaus, Thormann, Woike, Heilig und Zille; Ratskeller Lichtenberg, Möllendorffstraße 6, noch bis 29.2.
- Frank Silberbach – Panorama Berlin: „Wohin die Reise geht“, Photographie 1989–2005; Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee 112, noch bis 26.2.
- „Erinnern für die Zukunft, 1941–1945“; Museum Lichtenberg, Tuchollaplatz/Türschmidtstraße 24, noch bis 7.3.
- „Betrachtungen, Berlin und Vorpommern“, Malerei von Barbara Tucholke; Galerie 100, Konrad-Wolf-Straße 99, Vernissage am 27.2., 19 Uhr, Ausstellung bis 2.4.

### ● Lesungen

- Mittwoch, 13.2., 14.30 Uhr  
„Lachen tut gut! Heitere Verse von Eugen Roth“, mit Brigitte Rüffer, Karten (2,50 €) Seniorenbegegnungsstätte „Rusche 43“, Ruschestraße 43
- Sonntag, 17.2., 16 Uhr  
„Deutsch-Russische Dichterbegegnung“: Zweisprachige Lesung über gegenwärtige deutsche und russische Poesie in ihrer wechselseitigen Wahrnehmung, mit: Johann Keib, Dmitri Dragilew und Andreas Diehl; studio im hochhaus
- Freitag, 29.2., 19.30 Uhr  
Gadiny/Scheusale: „Kolonie Links im Exil“, Das Schicksal einer in den 30er Jahren in die Sowjetunion emigrierten deutschen Agitproptheatergruppe, Einführung, Film und Gespräch mit Christian Klemke, Regisseur, und Dr. Björn Seidel-Dreffke, Slawist; studio im hochhaus
- **Und das gibt es auch: Tauschring**  
Austausch von Dienstleistungen ohne Geld – Einsatz der eigenen Fähigkeiten und Fertigkeiten im Tausch gegen die Leistungen anderer, **Kontakt:** Evelyn Ulrich, Telefon: 96 277 116 oder über den Verein für ambulante Versorgung Hohenschönhausen e.V., Nachbarschaftshaus, Am Berl 8–10, Telefon: 96 277 10, Internet: [www.vav-hhausen.de](http://www.vav-hhausen.de)